



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten

## **Annexion der Krim ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht**

Regierungserklärung von Angela Merkel zur Krim-Krise – Militärische Reaktion ausgeschlossen

**In einer Regierungserklärung zur Lage in der Ukraine warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel Russland mit unmissverständlichen Worten davor, sich die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim einzuverleiben. „Die territoriale Integrität der Ukraine steht nicht zur Disposition“.**

Sollte Russland nicht auf den Weg der Zusammenarbeit und des Völkerrechts zurückkehren, sei die EU zu wirtschaftlichen Strafmaßnahmen bereit und entschlossen. Die Kanzlerin stellte aber auch klar: „Militärisches Vorgehen ist keine Option“. „Es ist beklemmend, was wir derzeit mitten in Europa erleben“, sagte Merkel. Falls es nach dem für Sonntag angesetzten Referendum auf der Krim zu einer völkerrechtswidrigen Annexion der Krim kommt, dürfe man nicht zur Tagesordnung übergehen. Zur Lösung der Krise setzt die Bundesregierung der Kanzlerin zufolge aber auf den diplomatisch-politischen Weg. So solle eine Beobachterkommission gebildet werden, die sich ein Bild von der Lage auf der Krim machen könne, sowie eine Kontaktgruppe, die den Gesprächskanal offenhalte. Dafür werde man „einen langen Atem“ brauchen.

Teil der europäischen Reaktion sind laut Merkel auch finanzielle und politische Hilfen für das Nachbarland Ukraine. Die EU hatte bereits Unterstützung für Kiew in Höhe von elf Milliarden Euro zugesagt. Auch der politische Teil des von Expräsident Viktor Janukowitsch nicht unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU soll bald unterschrieben werden. Zölle sollen gesenkt, die Visavergabe erleichtert und der Handel gefördert werden.

Merkel stellte klar, dass das europäische Angebot einer Reformpartnerschaft mit Kiew sich gegen niemanden richte, auch nicht gegen Russland. Es gebe kein „Entweder-Oder“ zwischen der Annähe-

rung der Ukraine an die EU und ihrem Bemühen um eine Partnerschaft mit Moskau.

Die Kanzlerin warnte die russische Regierung, im Konflikt um die Krim auf Zeit zu spielen. Bereits am Dienstag erklärte die Bundeskanzlerin vor der CDU/CSU-Fraktion, dass das Vorgehen auf der Krim eine Annexion sei, die man Russland nicht durchgehen lassen kann. Die EU habe bereits ein dreistufiges Verfahren auf den Weg gebracht. Wenn es in den allernächsten Tagen nicht zu Verhandlungen komme, könnten Einreise- und Kontensperrungen verhängt werden. Die letzte Stufe würde die wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffen. Damit schade sich Russland massiv, warnte Merkel. Sie betonte, Interessenkonflikte in Europa könne man im 21. Jahrhundert nicht mehr mit den Mustern des 19. Jahrhunderts lösen, als das Recht des Stärkeren noch über der Stärke des Rechts stand.

Ausführlich ging die Bundeskanzlerin auf Vorwürfe der Linkspartei ein, auch die Bundesrepublik und die NATO hätten 1999 das Völkerrecht missachtet, als sie im Kosovo-Krieg Ziele in Serbien bombardierten. Angela Merkel verwies auf die damalige Lage: Über einen langen Zeitraum kam es im Kosovo zu massiven Menschenrechtsverletzungen und ethnischen Säuberungen seitens der serbischen Sicherheitskräfte. Das Ausland musste tatenlos zusehen, weil sich Russland im Weltsicherheitsrat weigerte, einem militärischen Einsatz zuzustimmen. In dieser Situation entschieden sich EU und NATO, zum Schutz der Menschen im Kosovo zu ihrem Einsatz. Diese Situation sei überhaupt nicht mit der Krim vergleichbar, wo es zu keinerlei Übergriffen auf die russischsprachige Bevölkerung gekommen sei. Merkel nannte es beschämend, den Kosovo mit der Krim zu vergleichen.

### **Start in eine Zeit ohne Neuverschuldung**

Das Bundeskabinett hat an diesem Mittwoch den Entwurf des Bundeshaushalts 2014 sowie die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2015 und des Finanzplans bis 2018 beschlossen. Für 2014 plant die Bundesregierung noch mit einer Nettokreditaufnahme von 6,5 Milliarden Euro. Damit werden die Vorgaben der Schuldenbremse deutlich eingehalten. Strukturell ist in diesem Jahr sogar ein kleiner Überschuss möglich. Ab dem Jahr 2015 plant die Bundesregierung dann erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auszukommen. Zugleich werden die Zukunftsaufgaben aber nicht vernachlässigt. 2014 steigen die Mittel für Bildung und Forschung zum neunten Mal in Folge. Die Ergebnisse dieser Politik sprechen für sich: geringste Jugendarbeitslosigkeit, höchste Absolventenzahlen und Spitzenplätze im internationalen Vergleich. Die Innovationskraft unseres Landes ist die Voraussetzung für künftigen Wohlstand.

Die Unionsfraktion wird im Zuge der parlamentarischen Beratungen alles tun, damit das Ziel des ausgeglichenen Haushalts tatsächlich erreicht werden kann. Absehbare zusätzliche Ausgaben beispielsweise beim Elterngeld und beim Arbeitsmarkt und auch steigende Zinsausgaben sind in den Planungen bereits berücksichtigt. Zudem hat Bundesfinanzminister Schäuble in den vergangenen Jahren bewiesen, dass er solide Haushalte halten kann und immer besser abschließt als geplant. Erreichen werden wir diese großartige Zäsur in der fiskalpolitischen Geschichte der Republik allerdings nur, wenn die gesamte große Koalition absolute Disziplin bewahrt. Noch nie waren wir dem Ziel der dauerhaft ausgeglichenen Haushalte so nahe.

### **Kinder besser vor sexueller Ausbeutung schützen**

Mit Nacktfotos von Kindern sollen in Deutschland keine Geschäfte gemacht werden können. Dies war das einhellige Fazit eines Fachgesprächs zu dem am Mittwoch die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thomas Strobl und Nadine Schön einluden. Strafrechtler, Experten vom Bundeskriminalamt und vom Kinderschutzbund diskutierten mit den Abgeordneten Schutzlücken in den bestehenden Gesetzen und mögliche Lösungsansätze. Im Mittelpunkt stand die Tatsache, dass bloße Nacktbilder von Kindern, auf denen nicht die

Genitalien im Fokus stehen, nicht von den bestehenden Strafvorschriften erfasst werden. Die Intimsphäre als solche ist bislang nicht ausdrücklich geschützt. Zugleich berichteten Polizeiexperten, dass diejenigen, die diese Nacktbilder von Kindern besitzen, in den meisten Fällen auch über härteres Material verfügen. Im europäischen Vergleich sei das deutsche Schutzniveau bereits sehr hoch. Thomas Strobl sagt zu, dass die Fraktion sehr intensiv beraten werde, wie Kinder besser vor sexueller Ausbeutung geschützt werden können.

### **Großer Erfolg bei staatlich geförderten Pflege-Zusatzversicherungen**

Die Zahl der staatlich geförderten Zusatzversicherungen für den Pflegefall ist in letzter Zeit deutlich angestiegen. 400.000 Menschen nutzen den Zuschuss, um ihre private Vorsorge für den Fall der Pflegebedürftigkeit zu verbessern. Das ist nach erst 14 Monaten, die es diese Förderung gibt, ein großer Erfolg und zeigt, dass sich immer mehr mit dem Thema Pflege auseinander setzen.

### **Expertengremium zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr eingesetzt**

Angesichts immer schmalere Verteidigungsbudgets werden die Mitgliedstaaten von EU und NATO ihre militärischen Kapazitäten künftig stärker aufeinander abstimmen müssen. Was das für das Recht des Bundestages bedeutet, über jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr entscheiden zu können, soll eine Expertenkommission klären, die der Bundestag heute eingesetzt hat. Den Vorsitz soll der ehemalige Bundesverteidigungsminister Volker Rühle (CDU) übernehmen.

Eine umfassende Aufgabenteilung wird nur funktionieren, wenn die Partner sich darauf verlassen können, dass Deutschland mit seinem breiten militärischen Fähigkeitsspektrum grundsätzlich zu einem Einsatz seiner Streitkräfte bereit ist, wenn EU oder NATO einen solchen beschließen. Die Expertenkommission soll nun klären, wie sich dies auf das Recht des Bundestages zur Mandatierung von Auslandseinsätzen auswirkt. So soll auch über eine Weiterentwicklung der abgestuften Parlamentsbeteiligung – je nach Tragweite des Einsatzes – nachgedacht werden. Ein Jahr lang soll die Kommission beraten und dann entsprechende Empfehlungen vorlegen. Ihre Arbeit ist ausdrücklich ergebnisoffen.